

Wirtschaftstag 2010

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Antrag 4 – Landesverband Berlin-Brandenburg:

„Das Mögliche wagen – steuerliche Entlastung der Einkommensbezieher“

Der Wirtschaftsrat setzt sich seit langem für die Bekämpfung der sogenannten „kalten Progression“ und des „Mittelstandsbauches“ bei der Einkommensteuer ein. In den „Wahlbausteinen 2009“ hatte der Wirtschaftsrat unter Ziffer II.1 die regelmäßige Anpassung der Tarifschwelle an die Inflation und die Abflachung des Tarifverlaufs gefordert, um Realeinkommensverluste bei Lohnsteigerungen zu verhindern. Diese Gefahr besteht insbesondere bei moderaten Lohnsteigerungen, die zu einem „Aufstieg“ in der Progression führen. Die Forderung des Wirtschaftsrates findet sich im Koalitionsvertrag als eine Zielsetzung der Steuerpolitik dieser Legislaturperiode wieder.

Angesichts der aktuellen Diskussion um die Finanzierung der Aufwendungen für Konjunkturprogramme, Bankenrettung und Unterstützung Griechenlands steht zu befürchten, dass auch die Maßnahmen zur Bekämpfung von „kalter Progression“ und „Mittelstandsbauch“ als vermeintliche Steuerentlastungen aufgeschoben werden. Tatsächlich handelt es sich aber nicht in vollem Umfang um Steuerentlastungen, sondern zum größten Teil um den Verzicht auf automatische, heimliche Steuererhöhungen. Vor dem Hintergrund einer nicht völlig von der Hand zu weisenden Inflationsgefahr und gekoppelten Lohnsteigerungen besteht hier aber dringender Handlungsbedarf. Andernfalls würde die bürgerliche Mitte wieder einmal – wie beispielsweise schon in Zeiten der Ölkrisen in den siebziger Jahren – in besonderem Maße zur Finanzierung des Staatsdefizits beitragen.

Gerade die Bekämpfung der kalten Progression und des „Mittelstandsbauches“ ist ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Akzeptanz der aktuellen finanzpolitischen Maßnahmen bei den Steuerzahlern. Aus diesem Grund erscheint es angebracht, die Bundesregierung an die Bundestagswahlversprechen aus dem Jahr 2009 und den eigenen Koalitionsvertrag zu erinnern.

Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Wirtschaftsrat fordert die Bundesregierung auf, ein steuerliches Gesamtkonzept zu realisieren, das die Steuerlast an die wirtschaftliche Entwicklung anpasst und der kalten Progression entgegenwirkt.

Berlin, den 08. Juni 2010